

Antrag

der Abg. Felix Schreiner u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Jugendstudie Baden-Württemberg 2013

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. zu welchen zentralen Ergebnissen und Aussagen die Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 kommt;
2. wie die Studie von Wissenschaftlern, Jugend- und Elternvertretern, Verbänden und Wirtschaft bewertet wird und welche Empfehlungen bzw. Forderungen an die Politik gerichtet werden;
3. inwiefern sich die Ergebnisse der Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 von denen der Jugendstudie Baden-Württemberg 2011 unterscheiden;
4. welche Ministerien sich seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie auf welche Art und Weise mit den Ergebnissen und politischen Handlungsaufträgen befasst haben;
5. welche Konsequenzen sie daraus zieht, dass sich laut Aussage der Jugendstudie 2013 60 Prozent der befragten Jugendlichen mehr Unterstützung von den Schulen bei der Berufswahl wünschen;
6. wie sie im Hinblick auf die Integration von jungen Mitbürgern mit Migrationshintergrund und deren Chancen im Bildungssystem die Tatsache bewertet, dass laut der Studie acht Prozent der Jugendlichen zu Hause kein Deutsch sprechen und inwieweit sie hier Handlungsbedarf sieht;
7. wie vor dem Hintergrund der intensiven Nutzung von sozialen Medien die Medienkompetenz der Jugendlichen gesteigert werden kann und soll;

8. wie sie die Aussage zu einer verstärkten Tendenz von projektbezogenem Engagement bewertet und welche politischen Handlungsfolgen hinsichtlich der Kommunalwahl und der Kampagne „Wählen ab 16“ entstehen;
9. welche zentralen Ergebnisse der Studie im Bereich Berufswahl, Zukunftsperspektiven, Wertorientierung etc. sie in die neuen Bildungspläne aufnimmt und wodurch die Ergebnisse Änderungen an der bildungspolitischen Orientierung des Landes bewirkt haben.

13.02.2014

Schreiner, Kurtz, Klenk, Brunnemer, Dr. Engeser,
Kunzmann, Rüeck, Teufel CDU

Begründung

Im Juli 2013 wurden die Ergebnisse der Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 vorgestellt. Im Rahmen dieser Studie, welche von der Jugendstiftung Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Landesschülerbeirat durchgeführt und vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport gefördert wurde, wurden landesweit rund 2.400 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 12 und 18 Jahren zu Themen wie Freundschaft, Geld, Medien, Schule, Freizeit, Engagement, Werte und Zukunft befragt.

Ziel dieses Antrags ist es, die zentralen Ergebnisse der Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 in den Blick zu nehmen und in Erfahrung zu bringen, welche Handlungsempfehlungen und -aufträge sich aus den Resultaten dieser Studie für die Politik ergeben und wie die Landesregierung bisher die Ergebnisse dieser Befragung politisch verwertet und bearbeitet hat.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 6. März 2014 Nr. 53-6915.511/137/9 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, dem Innenministerium, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren und dem Ministerium für Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. zu welchen zentralen Ergebnissen und Aussagen die Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 kommt;

Die Studie wurde, wie bereits 2011, in Kooperation von Jugendstiftung Baden-Württemberg und Landesschülerbeirat geplant und verfasst. Die Projektpartner beabsichtigen, die Studie in 2015 fortzusetzen. 2013 wurden annähernd 2.400 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 18 Jahren aus nahezu allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs mittels Fragebogen befragt.

Die Studie selbst und die wichtigsten Ergebnisse werden von der Jugendstiftung Baden-Württemberg in einer Zusammenfassung und einer Präsentation unter www.jugendstiftung.de/index.php?id=112 in digitaler Form bereitgestellt. Besonders erwähnenswert sind dabei folgende Ergebnisse:

- 32 Prozent der Jugendlichen in Baden-Württemberg engagieren sich gerne ehrenamtlich.
- 80 Prozent der Jugendlichen fühlen sich an ihrer Schule wohl, in ihrem Klassenverband sind es 87 Prozent.
- 80 Prozent der Jugendlichen haben Freundinnen und Freunde, die unterschiedliche Schularten besuchen.
- 86 Prozent der befragten Jugendlichen sind in einem sozialen Netzwerk virtuell aktiv, bei den 17- bis 18-jährigen sind es 93 Prozent.
- Die Familie und Freunde bzw. Freundinnen wählten jeweils über 80 Prozent der Jugendlichen auf die ersten beiden Plätze der Themen, die in ihrem Leben eine zentrale Bedeutung haben.
- Fast ein Drittel der befragten Jugendlichen gibt an, zu Hause Deutsch und eine weitere Sprache zu sprechen. Bei Jugendlichen aus Einwandererfamilien sind es 87 Prozent.
- Vor allem von der Schule wünschen sich 60 Prozent der Jugendlichen mehr Unterstützung bei der Berufsfindung (Gymnasium: 75 Prozent).

2. wie die Studie von Wissenschaftlern, Jugend- und Elternvertretern, Verbänden und Wirtschaft bewertet wird und welche Empfehlungen bzw. Forderungen an die Politik gerichtet werden;

Besondere Bedeutung gewinnt neben den statistischen Darstellungen und Auswertungen die Kommentierung einzelner Teilergebnisse der Studie durch Wissenschaftler und Landesschülerbeirat (siehe Seiten 82 bis 104 der Studie). Die wissenschaftliche Kommentierung erfolgte durch Herrn Prof. Dr. Martin Weingardt (PH Ludwigsburg) und Frau Rosine Dombrowski (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung). Im Folgenden werden einige Erkenntnisse auszugswise dargestellt.

Der Landesschülerbeirat hat insgesamt sieben aus der Studie resultierende Empfehlungen formuliert. Insbesondere fordert er eine Stärkung der Medienkompetenz, Partizipation, des Mitspracherechts an Schulen und der Berufsorientierung Jugendlicher. Zu dem Ergebnis, dass Jugendliche ein starkes Bedürfnis nach Unterstützung in der Berufswahl haben, kommt auch die wissenschaftliche Kommentierung der Studie 2013. Die Jugendlichen, insbesondere aus dem Gymnasium, wünschen sich hier mehr Hilfen aus dem Elternhaus und den Schulen.

Ein Drittel der unter 25-jährigen Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund. Die wissenschaftliche Kommentierung sieht hier Herausforderungen bei Bildung und sozialem Aufstieg sowie sich abzeichnende soziale Problemlagen. Die Wissenschaftler sehen eine Möglichkeit der Lösung in einem Anerkennen von Heterogenität bzw. in einer Wertschätzung der Vielfalt.

Zusätzlich regen die Wissenschaftler an, das Engagement bei außerschulischen Anbietern an ihren externen Orten als Teil der Lernkultur und des Ganztagsangebots in die Schule einzubinden. Dadurch würde einerseits die Schule weitere engagierte Akteure und Anbieter gewinnen, andererseits das Gemeinwesen eine Vitalisierung seiner Strukturen durch einen stärkeren Zustrom von Jugendlichen erfahren.

Bezüglich den in der Fragestellung genannten weiteren Bereichen liegen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport keine Rückmeldungen vor. Für die Studie 2015 ist jedoch geplant, einen Expertenkreis unter Beteiligung wichtiger Verbände, Institutionen, Vereine und Organisationen zu bilden.

3. *inwiefern sich die Ergebnisse der Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 von denen der Jugendstudie Baden-Württemberg 2011 unterscheiden;*

Verlässliche Längsschnittauswertungen der Daten und entsprechende Interpretationen sind mit Einschränkung erst mit Veröffentlichung der dritten Jugendstudie 2015 möglich. Es ist geplant, die Daten in der Studie 2015 diesbezüglich aufzubereiten. Vergleicht man bereits jetzt einige wichtige Ergebnisse der Studien 2011 und 2013, ergeben sich vergleichsweise stabile Trends. Einen Überblick zu den einzelnen Themenbereichen gibt auszugsweise die folgende Tabelle:

Themenbereich	Studie 2011 (ehemals Survey)	Studie 2013
Geld	31 % der Jugendlichen geben an, einen Nebenjob zu haben.	2013 sind dies 30 %.
Medien	Folgender Anteil, differenziert nach Altersgruppen, ist in einem sozialen Netzwerk aktiv: <ul style="list-style-type: none"> - 12–14 Jahre: 81 % - 15–16 Jahre: 89 % - 17–18 Jahre: 91 % 	Folgender Anteil, differenziert nach Altersgruppen, ist in einem sozialen Netzwerk aktiv: <ul style="list-style-type: none"> - 12–14 Jahre: 77 % - 15–16 Jahre: 92 % - 17–18 Jahre: 93 %
Schule	47 % Prozent der Befragten haben den Eindruck, den Schulalltag mitgestalten zu können.	2013 sind dies 43 %.
Freizeit	50 % nutzen das Freizeitangebot der Sportvereine intensiv.	2013 sind dies 54 %.
Engagement	53 % der ehrenamtlich engagierten Jugendlichen tun dies mindestens einmal wöchentlich.	2013 sind dies 55 %.
Zukunft	38 % haben einen festen Berufswunsch.	2013 sind dies 39 %.

4. *welche Ministerien sich seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie auf welche Art und Weise mit den Ergebnissen und politischen Handlungsaufträgen befasst haben;*

Im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport wurde die Zusammenarbeit von außerschulischen Partnern mit den Schulen im Land, wie in der wissenschaftlichen Kommentierung gefordert, weiter gestärkt. Die Verbindung von Schulen mit vielfältigen außerschulischen Partnern zu lokalen Bildungsnetzwerken schafft Synergieeffekte und bringt Vorteile für beide Seiten. Im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms wurden beispielsweise im Schuljahr 2012/2013 851 Schulen mit mindestens 1.089 Kooperationspartnern vernetzt und gefördert. Zur stärkeren Vernetzung der Bildungspartner untereinander finden im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms seit dem Schuljahr 2012/2013 sogenannte Kooperationskonferenzen im Land statt. Das Konzept der Konferenzen bietet allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, verschiedene Praxisbeispiele kennenzulernen, mit anderen Schulen sowie Vertretern von außerschulischen und kommunalen Partnern ins Gespräch zu kommen und in regionalen Themenkreisen über konkrete Ansätze zu diskutieren. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Programms wurden zusätzlich die bereits vorhandenen Bildungsnetzwerke im Land auf einer Internetplattform digital abgebildet. Die Plattform www.bildungsnetzwerke-bw.de bietet Schulleitungen, Schulträgern, außerschulischen Partnern und allen Interessierten neben einer Kartenanwendung verschiedene Filtermöglichkeiten u. a. nach Land- und Stadtkreisen, sodass sich jeder über bereits vor-

handene Strukturen informieren kann. Die Plattform befindet sich aktuell im Aufbau und wird ständig um weitere Daten ergänzt. Zusätzlich gibt es an allen Staatlichen Schulämtern Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die die Schulen in Kooperationsfragen beraten und vor Ort vernetzen.

Der Landesregierung ist es außerdem besonders wichtig, dass im Rahmen des Ausbaus und der Weiterentwicklung der Ganztagschulen im Land die Schulen Partner von außerhalb einbeziehen. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe „Kooperation mit außerschulischen Partnern“ eingerichtet. Ziel ist eine gemeinsame Erklärung. Das neue Ganztagschulkonzept soll den Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen erstmals ermöglichen, bis zu 50 Prozent der zusätzlichen Zuweisungen an Lehrerwochenstunden für die Ganztagschule zu monetarisieren. Die Schulleitungen haben so Geldmittel zur Verfügung, um Honorare für die Einbindung außerschulischer Partner bezahlen zu können. Die entsprechende Schulgesetzänderung befindet sich derzeit in der Anhörung.

Außerdem soll mit dem „Zukunftsplan Jugend“ unter Federführung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit im Land gestärkt und weiterentwickelt werden. Das Staatsministerium, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Integration, das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft waren an der Erstellung und sind an der Umsetzung des „Zukunftsplan Jugend“ beteiligt. Themen aus der Jugendstudie Baden-Württemberg werden auch im Rahmen des „Zukunftsplan Jugend“ aufgegriffen. In der Umsetzungsphase des „Zukunftsplan Jugend“ sollen Projekte bzw. Maßnahmen beispielsweise in Vielfaltskultur, Partizipation, Bildung für nachhaltige Entwicklung und neue Zielgruppen umgesetzt werden. Hierfür stellt das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren im Jahr 2014 insgesamt drei Millionen Euro zur Verfügung. Der „Zukunftsplan Jugend“ wird im Internet unter www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Zukunftsplan_Jugend/235162.html in digitaler Form bereitgestellt.

Nach einem weiteren Ergebnis der Studie sind Sportvereine bei Jugendlichen aus Einwandererfamilien besonders beliebt. Über Sportvereine werden sehr viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht. Das Ministerium für Integration fördert aus diesem Grund in Kooperation mit dem Landessportverband (LSV) die interkulturelle Öffnung der Sportverbände und -vereine. Das Projekt zielt auf die Förderung von Schulungs- bzw. Fortbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung bzw. Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Vereinsmanagerinnen und -managern sowie von Übungsleiterinnen und Übungsleitern ab, auch um verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für die verschiedenen Organisationsebenen der Sportvereine und -verbände zu gewinnen. Darüber hinaus werden einzelne Projekte gefördert, insbesondere solche speziell für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund.

Die Studie hat darüber hinaus festgestellt, dass sich drei Viertel der Befragten selbst als „religiös“ bezeichnen. Bei Jugendlichen aus Einwandererfamilien ist mit circa 44 Prozent der Islam beinahe so stark vertreten wie das Christentum mit 49 Prozent. Dabei scheint Religion für Jugendliche mit Migrationshintergrund eine vergleichsweise höhere Bedeutung einzunehmen. 34 Prozent nannten diese unter den „Top 5“ ihrer Werte, bei den übrigen Jugendlichen waren es nur 11 Prozent. Religion sowie individueller Glaube prägen die persönliche Identität und die sozialen Beziehungen und beeinflussen somit auch die gesellschaftliche Teilhabe. In dem vom Ministerium für Integration initiierten Runden Tisch Islam werden immer wieder Themen besprochen, die auch maßgeblich die jüngere Generation muslimischen Glaubens betreffen. Darüber hinaus wurden bei der vierten Sitzung des Runden Tisches im April 2013 das Thema Junge Muslime bzw. Jugendarbeit in muslimischen Vereinen und Verbänden erörtert.

Jugend-Migrantenorganisationen haben generell oft einen leichteren Zugang zur Zielgruppe und können somit eine Brückenfunktion einnehmen. Die Landesregierung setzt sich deshalb zum Ziel, die Kooperation zwischen Migranten- und Nicht-Migrantenorganisationen zu stärken. Andererseits ist es notwendig, die Migrantenorganisationen selbst in struktureller Hinsicht zu stärken, da das Engagement vieler dieser Organisationen bislang überwiegend auf ehrenamtlicher Arbeit basiert und es an professionellen Strukturen mangelt. Das Ministerium für Integration trägt diesem Umstand mit dem Programm MEMO (Management und

Empowerment in Migrantenorganisationen) Rechnung. Es bietet Migrantenorganisationen, die in Vereinsführung und Projektmanagement geschult und ausgebildet werden möchten, die Möglichkeit, ausreichende Kenntnisse, Kontakte und Erfahrungen zu erwerben. Ziel dieses gemeinsam mit dem Forum der Kulturen Stuttgart entwickelten Programms ist außerdem die nachhaltige Förderung der gesellschaftlichen Partizipation zugewanderter Bürgerinnen und Bürger. Professionelles Vereins- und Projektmanagement, Mittelakquise und -verwaltung sollen die Kooperationsfähigkeit von Migrantenorganisationen mit öffentlichen Stellen und anderen gesellschaftlichen Organisationen vor Ort erweitern und Nachhaltigkeit sichern.

Zusätzlich hat die Studie ermittelt, dass Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft die Themen „Familie“, „Freunde/Freundinnen“ und „Liebe/Partnerschaft“ zu ihren wichtigsten Werten rechnen. Insbesondere wenn es um die Wahl eines Lebens- oder Ehepartners geht, müssen Jugendliche und junge Erwachsene auf angemessene Art und Weise ihre Entscheidungen treffen können. Das Ministerium für Integration fördert deshalb verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Zwangsverheiratung. Ferner wird über das regelmäßig einberufene Landesforum gegen Zwangsverheiratung der Ansatz der Landesregierung unterstützt, zur Bekämpfung von Zwangsverheiratung ein landesweites Netzwerk qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden und bei Beratungsstellen zu etablieren.

Bezüglich der Handlungsfelder Berufswahl, Sprache, Medienkompetenz, Engagement, politische Bildung Jugendlicher und Bildungspläne wird auf die nun folgenden Antworten verwiesen.

5. welche Konsequenzen sie daraus zieht, dass sich laut Aussage der Jugendstudie 2013 60 Prozent der befragten Jugendlichen mehr Unterstützung von den Schulen bei der Berufswahl wünschen;

Mit dem neuen Bildungsplan wird das Themenfeld „Berufliche Orientierung“ deutlich gestärkt und weiter ausgebaut. Die Jugendstudie zeigt, dass viele Jugendlichen bereits konkrete Pläne für ihre berufliche Zukunft haben und zuversichtlich in ihre Zukunft blicken. Hier wird deutlich, dass die Maßnahmen zur Berufsorientierung an den Schulen, wie z. B. Praktika und Kooperationen mit Bildungspartnern oder der Agentur für Arbeit, greifen.

Die individuelle Förderung im überfachlichen und berufsbezogenen Bereich ist eine Aufgabe, der sich die Schulen stellen. So ist beispielsweise die „Kompetenzanalyse Profil AC“ ein bundesweit beachtetes Instrument, das erstens die Kompetenzen der Jugendlichen individuell und valide erhebt und auf dessen Grundlage zweitens ein individueller Förderprozess einsetzt. Derzeit werden – aufbauend auf der Kompetenzanalyse – gezielte Fördermodule erarbeitet, die dann allen beteiligten Schulen zur Verfügung stehen werden.

Eine gute Berufsorientierung trägt entscheidend zum Gelingen des Übergangs junger Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung in eine Berufsausbildung bei. Deshalb ist die systematische Berufsorientierung ein Baustein im Eckpunktepapier zur Reform des Übergangs Schule-Beruf, der vom Bündnis für Ausbildung Baden-Württemberg unter Federführung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vorgelegt wurde.

Ein Ergebnis der Studie ist, dass Jugendlichen aus allen Bildungsniveaus die Teilhabe in sozialen Netzwerken sowie die Nutzung des Internets, auch als Informationsquelle für die Berufswahl, sehr wichtig ist. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat bereits darauf reagiert. Die in 2012 gestartete Ausbildungskampagne gut-ausgebildet.de zeigt 55 Filme zu Ausbildungsberufen im Internet auf einem eigenen Youtube-Kanal („Berufezappen“). Das Netzangebot wird ergänzt durch ein Angebot in sozialen Netzwerken (Facebook) für einen von einem Redakteur begleiteten Dialog mit Jugendlichen zum Thema Ausbildung. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hat, abgeleitet aus den Empfehlungen der Enquête-Kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, einen internetbasierten Bildungsnavigator aufgebaut, um die Transparenz der Bildungsangebote zu verbessern. Er enthält Informationen zu allen Bildungsgängen an öffentlichen Schulen im allgemein bil-

denden und beruflichen Bereich. Der Bildungsnavigator wurde u. a. in Zusammenarbeit mit dem Landesschülerbeirat entwickelt. Er zeigt Jugendlichen bei Eingabe ihrer Bildungsziele bzw. ihrer gegenwärtig besuchten Schulart grafisch auf, welche individuellen Bildungswege sich ihnen in Baden-Württemberg bieten. Darüber hinaus kann der Jugendliche per Umkreissuche erfahren, an welcher Schule in seiner Nähe ein bestimmter Beruf ausgebildet oder Vollzeitbildungsgang angeboten wird. Der Bildungsnavigator unter www.bildungsnavi-bw.de wird voraussichtlich am 17. März 2014 in einer Pressekonferenz von Herrn Minister und auch auf der Bildungsmesse Didacta vom 25. bis 29. März 2014 vorgestellt. Zusätzlich hat das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Jugendnetz Baden-Württemberg die Weiterentwicklung des Formats „Junge Seiten“ gefördert, das verschiedene Module zu allen Bereichen, die für Jugendliche interessant sind, wenn sie sich mit ihrer Berufsorientierung und Berufsplanung auseinandersetzen, bereitstellt.

6. wie sie im Hinblick auf die Integration von jungen Mitbürgern mit Migrationshintergrund und deren Chancen im Bildungssystem die Tatsache bewertet, dass laut der Studie acht Prozent der Jugendlichen zu Hause kein Deutsch sprechen und inwieweit sie hier Handlungsbedarf sieht;

Das Ministerium für Integration bewertet den Umstand, dass 87 Prozent der Jugendlichen aus Einwandererfamilien bilingual aufwachsen (vgl. Seite 8 der Jugendstudie), als große Chance. Die in der Studie getroffene Aussage, dass bei 8 Prozent der befragten Jugendlichen zu Hause Deutsch keine Verkehrssprache sei, beinhaltet zudem keine Aussage über den Grad der Beherrschung der deutschen Sprache bei diesen Jugendlichen.

In einer globalisierten Welt ist bei vielen Menschen Mehrsprachigkeit mittlerweile die Regel und nicht mehr die Ausnahme. Diese Tatsache belegt auch die Studie.

Zur Förderung des Spracherwerbs stehen verschiedene Programme und Kursangebote auf kommunaler Ebene zur Verfügung.

7. wie vor dem Hintergrund der intensiven Nutzung von sozialen Medien die Medienkompetenz der Jugendlichen gesteigert werden kann und soll;

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und das Staatsministerium haben das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (LMZ) mit der Durchführung medienpädagogischer Programme im Rahmen der Initiative „Kindermedienland Baden-Württemberg“ sowie in Umsetzung der „Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses Winnenden/Wendlingen“ beauftragt. Alle diese Programme haben zum Ziel, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen zu fördern. Sie haben daher alle medienbildnerische Themen bzw. Themen des Pädagogischen Jugendmedienschutzes zum Inhalt. Im Jahr 2013 hat das LMZ dazu landesweit rund 1.200 Veranstaltungen mit etwa 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Unter dem Motto „Wissen weitergeben“ bildet das LMZ jedes Jahr mit dem Schüler-Medienmentoren-Programm (SMEP) etwa 600 Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren zu Schüler-Medienmentoren aus. Hier gehören Print, Video, Audio, Fotografie und Präsentation sowie Themen des Jugendmedienschutzes zur Ausbildung. Die Schülerinnen und Schüler lernen, wie sie eigenverantwortlich eine Medien-AG oder ein Medien-Projekt an ihrer Schule leiten, ihre Lehrkräfte beim Medieneinsatz unterstützen und ihr Wissen an Mitschüler weitergeben können.

Im Programm „101 Schulen“ im Rahmen der Initiative Kindermedienland werden jährlich an weit über 100 Schulen im Land hochwertige medienpädagogische Bildungsveranstaltungen für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Pädagoginnen und Pädagogen durchgeführt. Gerade diese Angebote erfahren eine deutlich zunehmende Nachfrage. Schwerpunktmäßig geht es hierbei um Themen des Pädagogischen Jugendmedienschutzes wie Soziale Netzwerke, Handy und Smartphone, Datenschutz, Online-Geschäfte, Cybermobbing etc.

Zur Stärkung der aktiven Medienarbeit bietet das LMZ landesweit Ferienkurse an, in denen ausgebildete Pädagogen des LMZ mit Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz durch konkrete Medienprojekte erwerben.

Im Bereich der Filmbildung findet einmal im Jahr – in diesem Jahr vom 19. bis 25. März 2014 – die SchulKinoWoche statt, die ebenfalls vom LMZ organisiert wird. Sie zählt jedes Jahr etwa 60.000 teilnehmende Schülerinnen und Schüler. Im Mittelpunkt der SchulKinoWoche steht das Anliegen, Kindern und Jugendlichen Fähigkeiten zu vermitteln, mit dem Medium Film reflektiert und kompetent umzugehen. Dazu erhalten die teilnehmenden Lehrkräfte vorbereitende Fortbildungen. Für die Schüler werden vor und nach den Filmvorstellungen Filmgespräche angeboten, in denen Experten Fragen beantworten und Erläuterungen geben.

Informationen zu den Programmen finden sich unter www.lmz-bw.de (Programme) oder auf der Seite der Initiative Kindermedienland (www.kindermedienland-bw.de).

Im Bereich der Medienbildung Jugendlicher fördert das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zusätzlich aus einer eigens dafür im Landesjugendplan eingerichteten Förderlinie Projekte mit landesweiten Partnern. Dies sind beispielsweise die regelmäßig stattfindenden Jugendmedientage und eine erstmalig im Jahr 2014 geplante Jugendmedienkonferenz der Jugendpresse Baden-Württemberg sowie der Wettbewerb um den Jugendfilmpreis, der im Rahmen der Filmschau BW vergeben wird.

Im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms werden außerdem Medieninhalte praxisnah von freiwillig Engagierten an öffentlichen Schulen vermittelt. Laut der Evaluation des Schuljahres 2012/2013 fanden im Medienbereich Angebote wie zum Beispiel online-Schülerzeitung oder Video-AG im Umfang von 737 Zeitstunden pro Woche statt.

Das Ministerium für Integration fördert außerdem ein Projekt zur Stärkung der Medienkompetenz bei Menschen mit Migrationshintergrund. Zu diesem Zweck werden professionelle Akteure in diesem Bereich aus- und fortgebildet. Sie bieten anschließend Veranstaltungen für pädagogische Fachkräfte an, die mit dem Thema „Integration und Medien“ konfrontiert sind.

Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren fördert zur Steigerung der Medienkompetenz von Jugendlichen, aber auch von Eltern, verschiedene Maßnahmen, die von der Aktion Jugendschutz sowie dem AGJ-Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e. V. durchgeführt werden. So führt die Aktion Jugendschutz das Bildungsangebot „Medienpädagogische Fortbildung für die Sozialpädagogische Familienhilfe“ durch. Dazu wurden Fachkräfte der Sozialpädagogischen Familienhilfe in den verschiedenen Regionen Baden-Württembergs so qualifiziert, dass sie die von ihnen betreuten Familien gezielt auch in der Medienerziehung unterstützen können. Mit diesem Angebot werden Familien angesprochen und erreicht, die über klassische Bildungsangebote nur schwer zu erreichen sind. Im LandesNetzWerk für medienpädagogische Elternarbeit werden zudem Referentinnen und Referenten qualifiziert, die als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Eltern, Kinder und Jugendliche sowie für Fachkräfte zur Verfügung stehen. Daneben besteht ein Peer-Projekt zu Mediennutzung und Gewaltprävention in Kooperation mit Jugendhilfeeinrichtungen. In diesem Projekt werden Jugendliche „Medien-Scouts“ als Vermittler von Medienkompetenz gewonnen und qualifiziert. Die pädagogischen Fachkräfte der jeweiligen Einrichtungen werden parallel zu den Jugendlichen ebenfalls qualifiziert. Ziel ist eine Sensibilisierung von Jugendlichen und pädagogischen Fachkräften für die Risiken der Mediennutzung und die gemeinsame Entwicklung von Handlungsalternativen.

Die Beratungsstelle des AGJ-Fachverbandes Familien unterstützt seit Oktober 2013 mit dem Media-Check Familien, die wegen des Medienkonsums der Kinder Konflikte haben. Der Media-Check umfasst fünf individuelle Familiengespräche und mehrere Elternabende. Ziel ist, die Situation für alle Familienmitglieder zu verbessern und gemeinsam Lösungsstrategien zu entwickeln. Dazu gehört, zu Beginn der Familiengespräche abzuklären, wie der Medienkonsum des Kindes/Jugendlichen einzuschätzen ist. Im Rahmen eines Elternabends besteht darüber hinaus die Möglichkeit, sich mit anderen Eltern über die Risiken und Chancen neuer Medien auszutauschen und sich gezielt über verschiedene Medienthemen zu informieren. Der Media-Check richtet sich an Familien mit Kindern/Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 18 Jahren.

Zur Unterstützung der schulischen, beruflichen und sozialen Integration von jungen Menschen fördert das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Mobile Jugendarbeit. Diese besondere Form der aufsuchenden Sozialarbeit („Streetworker“) ermöglicht einen adäquaten Zugang zu Jugendlichen mit sozial-strukturellen Belastungen. Die Mobile Jugendarbeit nimmt für die Sozialisation und Integration dieser Zielgruppe eine unverzichtbare Aufgabe wahr. In diesem Bereich der Jugendarbeit werden Medien u. a. auch genutzt, um die Zielgruppe anzusprechen („Streetwork im Internet“).

8. wie sie die Aussage zu einer verstärkten Tendenz von projektbezogenem Engagement bewertet und welche politischen Handlungsfolgen hinsichtlich der Kommunalwahl und der Kampagne „Wählen ab 16“ entstehen;

Eine „Aussage zu einer verstärkten Tendenz von projektbezogenem Engagement“ Jugendlicher kann, ausgehend von den Befunden anderer Studien (z. B. Shell-Studie), als plausibel gelten, ist allerdings der Jugendstudie Baden-Württemberg 2013 nicht direkt zu entnehmen.

Der Trend hin zu projektbezogenem Engagement und der ggf. damit korrespondierende Rückgang dauerhaften Engagements (z. B. in Parteien) kann etwa im Rahmen der politischen Bildung an Schulen explizit als Unterrichtsgegenstand thematisiert werden. Dabei ist auch grundsätzlich auf die Bildungs- bzw. Lehrpläne der allgemein bildenden und beruflichen Schulen zu verweisen, in denen Themen wie ‚politische Partizipation‘ (wie auch ‚Wahlen‘) fest verankert sind. So finden sich beispielsweise in den Bildungsstandards des Fächerverbundes „Welt – Zeit – Gesellschaft“ der Werkrealschule (Bildungsplan 2012) im Bereich „Demokratische Gesellschaft“ u. a. Kompetenzformulierungen zu „demokratische[n] Möglichkeiten der Einflussnahme und ... eigene[n] Handlungsmöglichkeiten“, „Grundlagen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland auf der Ebene der Gemeinde, des Landes Baden-Württemberg und des Bundes“ oder „Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger“ und deren „praktische Anwendung in Alltagssituationen“ mit inhaltlichen Hinweisen auf Grundrechte, demokratische Wahlen, Wahlgrundsätze, repräsentative Demokratie, Parlament, politische Parteien u. a. Angesichts des Gebots der Aktualität in der politischen Bildung ist davon auszugehen, dass der Wandel und aktuelle Entwicklungen in den Formen gesellschaftlicher/politischer Partizipation im Unterricht aufgegriffen werden.

Insbesondere im Hinblick auf die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die anstehenden Kommunalwahlen steht das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport u. a. mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) in engem Kontakt und ist z. B. Partner im Bündnis „Wählen ab 16“, das am 20. Februar 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Im Rahmen der Kampagne spielen gerade auch Veranstaltungen – in der Schule und an vielen anderen Orten – eine wichtige Rolle, die Thematiken mit lebensweltlichem Bezug für Jugendliche vor Ort aufgreifen und die Motivation zu Partizipation und (politischem) Engagement befördern sollen. Hierbei liegen Bezüge zu den ‚neuen‘ Formen der Partizipation in Form von „projektbezogenem Engagement“ auf der Hand. Für die unmittelbare Durchführung der Kommunalwahlen am 25. Mai 2014, bei denen erstmals auch Jugendliche ab 16 Jahren wahlberechtigt sind, ergibt sich aus der Jugendstudie allerdings kein Handlungsbedarf.

Für den Bereich der Jugendbildung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport ist im Rahmen des Landesjugendplans im aktuellen Haushalt die Förderung politischer Bildung und Partizipation Jugendlicher mit 50.000 Euro vorgesehen. Daraus werden u. a. Veranstaltungen wie das Planspiel „Model United Nations“ Baden-Württemberg gefördert, das jungen Menschen ermöglicht, sich im Rahmen einer simulierten einwöchigen Konferenz der Vereinten Nationen politisch weiterzubilden.

Das Studienhaus Wiesneck/Institut für politische Bildung in Buchenbach bei Freiburg wird zusätzlich institutionell aus dem Kultusetat gefördert und ist eine überparteiliche Bildungs- und Begegnungsstätte für Jugendliche und Erwachsene aus Deutschland und aus ganz Europa. Nicht zuletzt mit Blick auf die Senkung des Wahlalters wurde gemeinsam mit dem Studienhaus Wiesneck, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesschülerbeirat das Schülermentorenpro-

gramm zur politischen Bildung Jugendlicher entwickelt. Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren sollen dazu befähigt werden, politisch-historisches Wissen zu erwerben und weiterzuvermitteln, die politische Meinungs- und Urteilsbildung zu fördern und die eigene Interessenvertretung und aktive Mitgestaltung zu erlernen. Bereits im ersten Durchgang ist das Interesse seitens der Jugendlichen groß.

9. welche zentralen Ergebnisse der Studie im Bereich Berufswahl, Zukunftsperspektiven, Wertorientierung etc. sie in die neuen Bildungspläne aufnimmt und wodurch die Ergebnisse Änderungen an der bildungspolitischen Orientierung des Landes bewirkt haben.

Die Ergebnisse der Jugendstudie haben das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in den Planungen zur deutlichen Ausweitung einer systematischen beruflichen Orientierung an allen allgemein bildenden weiterführenden Schulen bestärkt. Ein Schwerpunkt der Arbeit in den Schulen wird zukünftig eine gezielte individuelle Förderung im Bereich der beruflichen Orientierung sein. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport unterstützt eine bessere Berufsorientierung mit den neuen Bildungsplänen durch die Einführung des Leitprinzips „Berufliche Orientierung“ und ein neues Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“. Ziel ist es, dass künftig deutlich mehr Jugendliche eine klare Vorstellung von ihrem weiteren beruflichen Weg entwickeln. Die berufliche Orientierung ist ein Bestandteil der individuellen Förderung und basiert auf den festgestellten Kompetenzen, Potenzialen und Interessen der Schülerinnen und Schüler. Jugendliche werden so in die Lage versetzt, ihre Bildungs- und Erwerbsbiografie eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu gestalten. Auch die Kenntnisse über die Vielfalt und Attraktivität der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten müssen Bestandteil der Beruflichen Orientierung in allen allgemein bildenden weiterführenden Schulen werden.

Die systematische Berufsorientierung führt zu einer klaren Vorstellung über die eigenen beruflichen Neigungen, Interessen, Fähigkeiten und Möglichkeiten. Die Schülerinnen und Schüler erkennen im Prozess der beruflichen Orientierung die Möglichkeit des direkten Übergangs in eine berufliche Ausbildung mit den anschließenden Karriereperspektiven als gleichwertige Alternative zu einem Studium an der Hochschule.

Die allgemein bildende Schule wird den Prozess der Berufsorientierung in Partnerschaft mit weiteren Akteuren steuern. Die Berufsberatung der Agenturen für Arbeit, aber auch die weiteren Partner aus Kammern und Verbänden der Wirtschaft, der Sozialpartner, der Unternehmen, der Hochschulen, kommunaler Institutionen und Träger unterstützen die Schulen bei Planung, Gestaltung und Umsetzung der beruflichen Orientierung.

Zusätzlich wird im Bildungsplan 2015/2016 der allgemein bildenden Schulen Medienbildung als eines von fünf Leitprinzipien verankert sein und damit verpflichtender Bestandteil aller Bildungspläne sein. Zur Unterstützung der Lehrkräfte bei der Umsetzung der Bildungsplanvorgaben bietet das LMZ den Lehrkräften exemplarische Mediencurricula (z. B. für den Jugendmedienschutz) und mit Medien unterlegte Unterrichtskonzepte. Darüber hinaus soll ein Basiskurs Medienbildung in Klasse 5 die Grundlage legen, auf der alle weiteren Klassen aufbauen können.

In Vertretung

Dr. Schmidt

Ministerialdirektor